

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Willfried Maier, Christa Goetsch, Christian Maaß,
Dr. Verena Lappe, Katja Husen (GAL) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008

**Betr.: Hamburg – Kreative Stadt
Leitantrag der GAL – Fraktion für den Haushalt 2007/2008**

Die GAL verfolgt in ihrer Haushaltspolitik das Ziel, Hamburg für die Zukunft durch Förderung seiner kreativen Potentiale besser zu rüsten und niemand von dieser Zukunft auszuschließen. Eine solche Haushaltspolitik ist daran interessiert, insbesondere die Wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben zu Lasten der bloß konsumtiven oder vergangenheitsorientierten zu steigern.

1. Durch die sich belebende Konjunktur ist die Lage des Hamburger Haushalts aktuell besser als vorhergesehen. Für das Jahr 2006 werden die Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich um 501 Mio. Euro höher sein, als im Haushaltsplan veranschlagt. 2007, wenn die Konjunkturentwicklung wegen der Mehrwertsteuererhöhung gedämpfter ausfallen wird, sinken die Mehreinnahmen auf 296 Mio. Euro. Dabei sind weitere Einbußen durch die geplante Senkung der Erbschaftsteuer für Unternehmen noch nicht eingeplant, Und 2008 steht die Belastung durch die in Aussicht stehende Reform der Unternehmenssteuern an. – Einmalige konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen können nicht verwendet werden, um ständig wiederkehrende Leistungen zu finanzieren. Sie erhöhen deshalb nicht direkt den Spielraum im Betriebshaushalt. Verwendet werden sollten 500 Mio. Euro für den Versorgungsfonds, den die Stadt für die Pensionszahlungen ehemals städtischer Bediensteter bei LBK, Pflegen und Wohnen und beim UKE geschaffen hat, sowie für die Senkung der städtischen Kreditaufnahme. Damit könnten 2007 gut 25 Mio. Euro und 2008 gut 41 Mio. Euro für vergangenheitsorientierte Ausgaben eingespart, die stattdessen zukunftsorientiert eingesetzt werden können. Gleichzeitig bildet die Stadt durch diesen Schritt Vermögen bzw. verringert ihre Passiva.
2. Für das Jahr 2007 veranschlagt der Senat zentrale Vorsorgetitel (9890.971.03 Rückstellungen für Mehraufwendungen; 9700.461.01 Zentral veranschlagte Personalkosten) erneut um 67 Mio. Euro höher als in den Vorjahren, in 2008 um weitere 38,6 Mio. Euro. Die Titel sind in der Veranschlagung seit 2004 bis 2008 mehr als verdoppelt worden, obwohl regelmäßig Überschüsse auftraten. Hinter der erneuten Aufstockung für 2007 und 2008 verbirgt sich zumindest teilweise eine Vorsorge für das Wahljahr 2008. – Wir schlagen vor, diese zusätzlichen Mittel 2007 um 8,5 Mio. Euro und 2008 um 20 Mio. Euro zu kürzen. Diese Mittel sollen dem Haushalt vorwiegend für Maßnahmen im Bereich Kita, Schulen und Hochschulen zur Verfügung gestellt werden.
3. Am Haushalts-Entwurf für 2007 und 2008 wird erkennbar: Das Projekt der wachsenden Stadt – wie der Senat es betreibt – zielt auf Stärkung der wirtschaftlichen Infrastruktur insbesondere im Hafen und zwar zu Lasten von Mitteln, die vorher für die Qualifizierung von Menschen zur Verfügung standen. Es stellt nicht die Förderung menschlicher Kreativität in den Vordergrund, sondern bleibt traditionell orientiert auf Kaimauern und Beton. Nicht nur wird das Investitionsvolumen jährlich um

etwa 100 Mio. Euro angehoben, wobei das Sonderinvestitionsprogramm vorwiegend für den Hafenausbau verwendet wird. Zusätzlich sind 25 Mio. Euro Betriebsmittel, die im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik für die Qualifizierung von Menschen zur Verfügung standen, in Investitionsmittel verwandelt worden, vor allem zur Finanzierung der Hafenbahn-Modernisierung. Die hinter diesen Schritten stehende Grundhaltung lehnen wir ab. 10 Mio. Euro aus diesem Volumen sollen für zusätzliche Maßnahmen im Bereich der aktiven Stadtteilentwicklung verwendet werden.

4. Im Hafen wird derzeit durch die Umschlagunternehmen Geld verdient wie selten zuvor. Die Stadt hat daraus so gut wie keinen Gewinn. Im Gegenteil: Je schneller der Hafen wächst, umso rascher steigen die öffentlichen Hafeninvestitionen aus Steuermitteln. Diese Entwicklung wollen wir stoppen. Die Infrastruktur im mittleren Freihafen soll mindestens teilweise durch die Firmen finanziert werden, die dort neue Umschlagkapazitäten gewinnen. Dafür wollen wir ihnen längere Erbbaupachtrechte an den Grundstücken gewähren. Das öffentliche Investitionsvolumen im Hafen für die Jahre bis 2015 wird um 135 Mio. Euro, d. h. jährlich um 15 Mio. Euro abgesenkt.

Durch diese Veränderungen werden für das Jahr 2007 Betriebsmittel in der Größenordnung von 33,5 Mio. Euro und in 2008 von 61 Mio. Euro neu verfügbar. Das Umschichtungsvolumen im Bereich der Investitionsmittel liegt für beide Jahre bei 40 Mio. Euro – ohne Steigerung des Gesamtausgabevolumens. Das gesamte Umschichtungsvolumen für beide Jahre sehen wir bei 134,5 Mio. Euro (94,5 Mio. Euro Betriebsmittel, 40 Mio. Euro Investitionsmittel). Wir wollen dieses Volumen für Maßnahmen verwenden, die 83,5 Mio. Euro Betriebsmittel erfordern und 51 Mio. Euro Investitionsmittel, insgesamt also den Anteil der Zukunftsinvestitionen zu Lasten der laufenden Ausgaben noch leicht steigern.

Bei der Verwendung dieser Mittel setzen wir auf folgende Schwerpunkte:

1. **Bildungsoffensive: Neue Hamburger Schule – „Neun macht klug“.** – Eine neue Eingangsstufe in die Grundschule verschafft allen Kindern ab dem 5. Lebensjahr ein kostenloses Bildungsangebot (2007: 6,25 Mio. Euro, 2008: 15 Mio. Euro). – Keine Grundschulklasse über 25 Kinder, in Brennpunkten keine über 20 (2007: 6,7 Mio. Euro, 2008: 16 Mio. Euro). – Zusätzlich 20 Grundschulen zu Ganztagschulen umgestalten (2007: 3,3 Mio. Euro, 2008: 8 Mio. Euro, 5 Mio. Euro Investitionen). – Alle Haupt- und Realschulen werden integriert, die Förder- und Sprachheilschulen werden stufenweise in integrierte Klassen der allgemeinbildenden Schulen überführt. Das Sitzenbleiben wird zugunsten individueller Förderung abgeschafft.
2. **Kreative Potentiale: Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur** – In den Wissenschaften, den Künsten und in den Medien wird die menschliche Kreativität unmittelbar thematisch. Wir wollen die Forschung in Hamburg fördern durch ein Zentrum, für das jährlich 1 Mio. Euro an Betriebsmitteln bereitgestellt werden. Für eine Exzellenzinitiative in der Lehre werden den Hochschulen ab 2008 durch einen Wettbewerb 5 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, für Frauenförderung 500 000 Euro. – Für die Förderung künstlerischer Aktivitäten in den Stadtvierteln 300 000 Euro, gegen die Schließung von Bücherhallen 200 000 Euro, freie Theatergruppen erhalten 100 000 Euro mehr und für musikalische Initiativen gibt es 50 000 Euro zusätzlich. – Die Kürzungen bei der Filmförderung soll zurückgenommen werden (1,5 Mio. Euro) und für ein Designzentrum werden 1,3 Mio. Euro Investitionsmittel eingestellt. Hamburgs Musikclubs bekommen 500 000 Euro Zuschuss für Schallschutz. Und für ein Clustermanagement Kreativwirtschaft werden 1,5 Mio. Euro bei der Wirtschaftsbehörde umgeschichtet.
3. **Klimaschutz: Regenerative Energie und Energieeffizienz** – Für eine Landesinitiative „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ sowie für eine „Hamburger Energieagentur“ werden 2,1 Mio. Euro bei der Wirtschaftsbehörde umgeschichtet. – Hamburg soll zu einem Zentrum des energieeffizienten Bauens werden, indem die Stadt ihre Förderpolitik konsequent darauf einstellt, hocheffiziente Gebäude, vor allem Passivhäuser zu errichten und die energetische Sanierung des Gebäudebestandes intensiviert. Dazu werden 10 Mio. Euro jährlich bei der Wohnungsbaukreditanstalt umgeschichtet.

4. **Offensive gegen Ausgrenzung: Soziale Stadt.** – Sogenannte „benachteiligte Quartiere“ sollen zu Entwicklungsräumen werden. Schwerpunkte des Handelns sind: Förderung der lokalen Ökonomie und Verknüpfung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit sozialer Stadtentwicklung. Dafür sollen 70 Mio. Euro jährlich verwendet werden, davon 59 Mio. Bundesmittel. – Die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Kinderbetreuung wird insbesondere die Lage von Kindern verbessern, deren Eltern arbeitslos sind. – Weiterentwicklung von 26 Kitas zu Familienzentren (3,1 Mio. Euro p. a.), ein „Netzwerk Kindeswohl“ mit 40 neuen Stellen bei den Allgemeinen Sozialen Diensten erfasst zwar die ganze Stadt, wird aber besonders hilfreich sich dort auswirken, wo die Lebensbedingungen für Kinder schlechter sind. Zudem sollen in jedem benachteiligten Stadtteil zwei Straßensozialarbeiterinnen bzw. -sozialarbeiter eingesetzt werden (4 Mio. Euro p. a.) – Quartiers- und Magnetschulprojekte sowie Ausbildung in Kooperation mit Unternehmen. Für die spezielle Förderung der Schulen in benachteiligten Quartieren würden etwa 15 Mio. Euro des Schulprogramms unter 1. herangezogen werden. – Intensiveres Quartiersmanagement (1 Mio. Euro). Ein Netzwerk Gesundheit zur Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens. – Kulturelle Initiativen vor Ort (300 000 Euro). – Aufwertung der Gebäudesubstanz u. a. durch energetische Sanierungsmaßnahmen, Minderung von Mobilitätsdefiziten (für städtebauliche Sanierungen und aktive Stadtteilentwicklung zusätzlich 17,2 Mio. Euro Investitionsmittel über zwei Jahre). – Das zusätzliche Gesamtvolumen aller Maßnahmen für benachteiligte Stadtviertel aus den verschiedenen Behörden einschließlich der Bundesmittel für Arbeitsmarktpolitik beläuft sich damit **jährlich** auf 100 Mio. Euro: 41 Mio. aus dem Hamburger Haushalt und 59 Mio. Bundesmittel.
5. **Interkulturalität voranbringen: Formel Vielfalt.** – Der Anteil von Migrantinnen und Migranten bei Neueinstellungen in Bildungsberufen soll erhöht werden (in den nächsten zwei Jahren auf 10 %, in fünf Jahren auf 20 %). Dafür soll durch eine Informationskampagne und mit einem Bildungskongress geworben werden. Mentorenprogramme und ein Best Practice Wettbewerb sollen dieses Ziel unterstützen. Für Menschen mit Duldungsstatus sollen erstmals Migrationsberatung, Berufsqualifizierungsmaßnahmen und Deutschkurse eingerichtet werden (500 000 Euro). – Der Integrationsbeirat soll durch ein Amt für Interkulturelle Angelegenheiten ersetzt werden.
6. **Die Stadt bewegen: Entspannt mobil.** – Durch die Einrichtung einer Umweltzone innerhalb des Rings 2, in der der Verkehr menschlicher organisiert wird und in die nur Autos fahren dürfen, die bessere Abgasstandards einhalten, wollen wir die Bewohnerinnen und Bewohner dieser dicht besiedelten Quartiere besser vor Unfällen, Lärm und Abgasen schützen. Für eine höhere Aufenthaltsqualität auf Hamburgs Straßen und Plätzen wollen wir mit dem neuen Ansatz des „Shared Space“ und dem Programm „Hamburger Piazza“ eine Balance zwischen Verkehr und Verweilen erreichen: Dafür stellen wir ein Investitionsprogramm von 20 Mio. Euro auf. Die Förderung des Fahrradverkehrs wird im Haushalt auf dem hohen Niveau von 3,5 Mio. Euro wirklich gesichert. Wir wollen wieder ein Sozialticket einführen und mit neuen Mobilitätszentren die Palette der Verkehrsmittel breiter nutzen. – Neben Umschichtungen im Haushalt der Stadtentwicklungsbehörde werden insgesamt dafür 1,4 Mio. Euro Betriebsmittel jährlich und 23 Mio. Euro Investitionsmittel für zwei Jahre neu bereitgestellt.

Die bisher aufgeführten Maßnahmen sollen durch Änderungen innerhalb des Hamburger Haushalts finanziert werden, entweder aus den global umgeschichteten Betriebs- bzw. Investitionsmitteln in Höhe von 132 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 oder durch Umschichtungen in den Einzelhaushalten. – Darüber hinaus halten wir für erforderlich, auf die Bundespolitik einzuwirken, um durch Einschränkungen beim steuerlichen Ehegattensplitting Mittel für Kinderbetreuung freizusetzen.

Deshalb:

7. **Eine Bundesinitiative aufgreifen: Kinderbetreuung fördern statt Ehegatten steuerlich begünstigen.** – Durch Umwandlung des bisherigen Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Steuerfreibetrag von höchstens 10 000 Euro auf den anderen Ehepartner würden Hamburg Mehreinnahmen von 100 Mio. Euro zuwachsen. Diese sollen verwendet werden für den Ausbau von 10 000 Krippenplätzen mit achtstündiger Betreuung, um den Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr zu realisieren. Gleichzeitig werden die Ganztagsplätze im Elementarbereich für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf ausgebaut und die Betreuung wird für Kinder, deren Eltern heute den Mindestbetrag zahlen, kostenfrei gestellt. Kindertageseinrichtungen mit besonderen Belastungen erhalten eine Sonderzuwendung für zusätzliches Personal.

Die Bürgerschaft möge ihre Haushaltsbeschlüsse an den hier dargelegten Grundsätzen und Überlegungen orientieren und die im Antragspaket der GAL vorgeschlagenen Umschichtungen in der Haushaltsplanung beschließen.